

# Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis.....	XV
Abkürzungsverzeichnis .....	XXI
 A. Einführung.....	 1
I. Problemstellung.....	1
II. Ziel und Gegenstand der Untersuchung.....	2
III. Gang der Untersuchung.....	5
 B. Diagnose als Grundlage der Prognose .....	 9
I. Materiellrechtliche Anforderungen an die Diagnose.....	9
1. Maßgeblichkeit der objektiven Sachlage als rechtsstaatlicher Grundsatz .....	9
2. Limitierung der materiellrechtlichen Diagnoseanforderungen im <i>allgemeinen Polizei- und             Ordnungsrecht</i> aufgrund der besonderen Bedingungen gefahrenabwehrrechtlichen Handelns.....	10
a) Von der objektiven Sachlage zur „normativ- subjektiven“ Perspektive des handelnden Gefahrenabwehrorgans .....	10
b) Rechtspolitische Begründung.....	11
3. Die Geltung der limitierten Diagnoseanforderungen im Versammlungsrecht.....	12
a) Der Wortlaut des § 15 I VersG und dessen Interpretation in der Rechtsprechung .....	12
b) Fazit .....	14
4. Kritische Würdigung .....	15
a) Limitierte Diagnoseanforderungen als Widerspruch zum Rechtsstaatsprinzip?.....	15

b)	Erforderlichkeit von sachlichen Rechtfertigungsgründen zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit.....	15
c)	Analyse der Handlungsbedingungen der Versammlungsbehörden .....	17
aa)	Der geringere Zeitdruck der Versammlungsbehörden .....	17
bb)	Die besondere Komplexität im Versammlungswesen .....	18
cc)	Fehleranfälligkeit der Versammlungsanmeldung.....	18
aaa)	Der Opportunismus des Veranstalters .....	19
bbb)	Teilnehmerzahl bei Versammlungen der rechtsextremistischen Szene .....	19
dd)	Keine Kontrolle fremdbehördlicher Informationen.....	20
d)	Zusammenfassung und Fazit.....	21
II.	Verfahrensrechtliche Anforderungen an die Diagnose .....	22
1.	Aufklärungspflicht der Behörde als Verfahrensgrundsatz.....	24
2.	Versammlungsbehördliche Erkenntnisgewinnung .....	24
a)	Allgemeine Vorgaben des VwVfG.....	26
b)	Kooperationspflichten der Versammlungsbehörde.....	26
aa)	Behördenseitige Kooperation als Ausdruck grundrechtsfreundlicher Verfahrensgestaltung .....	26
bb)	Spezielle Bedeutung der Kooperation für die Diagnose.....	28
cc)	Erforderlichkeit und Umfang diagnoserelevanter Kooperation .....	29
aaa)	Erforderlichkeit .....	30
aaaa)	Großdemonstrationen .....	31
bbbb)	Eil- und Spontanversammlungen .....	31
bbb)	Umfang .....	33
aaaa)	Kooperationshinweis und -angebot im Rahmen der Versammlungsanmeldung .....	33
bbbb)	Erörterung der Einzelheiten der Durchführung.....	34

cccc)	Erörterung geplanter Gegenmaßnahmen – Auskunft über geplante Maßnahmen und Angebot von Austauschmitteln .....	36
ccc)	Vorgaben für den behördlichen Kooperationsvollzug .....	38
dd)	Rechtliche Folgen verweigerter oder unzulänglicher Kooperation des Veranstalters oder Leiters für das versammlungsbehördliche Verwaltungsverfahren .....	39
aaa)	Veranstalterseitige Kooperation lediglich als Obliegenheit – keine Substitution des behördlichen Untersuchungsgrundsatzes durch veranstalterseitige Kooperation .....	40
bbb)	Beschränkung der versammlungsbehördlichen Aufklärungspflicht .....	41
ccc)	Negative Schlüsse für die Beweiswürdigung .....	43
3.	Zusammenfassung .....	44
4.	Kritische Würdigung .....	45
a)	Erörterung der Einzelheiten der Versammlungsdurchführung zur Optimierung der Diagnose .....	46
b)	Erörterung geplanter Gegenmaßnahmen zur Optimierung der Diagnose .....	48
aa)	Einwirkung auf die Versammlungsmodalitäten .....	49
bb)	Einwirkung auf die Versammlungsteilnehmer .....	49
c)	Zusammenfassung und Fazit .....	53

C.	Prognose .....	55
I.	Einleitung .....	55
II.	Erforderlicher Prognosemaßstab .....	55
1.	Prognosemaßstab nach dem Grundbegriff der Gefahr .....	56
a)	Fortgesetzte Geltung des Gefahrengrundbegriffs im besonderen Gefahrenabwehrrecht .....	56
b)	Der Grundbegriff der Gefahr als <i>hinreichende Wahrscheinlichkeit</i> des Schadens .....	57

aa)	Zum Begriff der „hinreichenden Wahrscheinlichkeit“ .....	57
bb)	Der maßgebliche Wahrscheinlichkeitsgrad als Ausdruck des Verhältnismäßigkeitsprinzips .....	58
cc)	Die wahrscheinlichkeitsgewichtete Abwägung .....	60
aaa)	Qualität der Schutz- und Eingriffsgüter .....	60
bbb)	Quantität der Schutz- und Eingriffsgüter .....	60
ccc)	Fazit .....	61
dd)	Die zeitliche Nähe des Schadenseintritts .....	61
2.	Die Unmittelbarkeitsqualifikation des § 15 I VersG und ihr Einfluss auf den Prognosemaßstab des Gefahrenbegriffs .....	62
a)	Die Interpretation des Unmittelbarkeitserfordernisses in der Rechtsprechung .....	62
aa)	<i>BVerfG</i> .....	62
bb)	<i>BVerwG</i> .....	63
cc)	<i>VGe</i> der Länder .....	64
b)	Zwischenfazit .....	66
3.	Zusammenfassung und Fazit .....	67
4.	Kritische Würdigung .....	68
a)	Wortlaut .....	70
b)	Systematik .....	71
aa)	Inanspruchnahme von Nichtstörern im allgemeinen Polizei- und Ordnungsrecht .....	72
bb)	Verwaltungsvollstreckung im allgemeinen Polizei- und Ordnungsrecht .....	73
cc)	Standardermächtigungen .....	74
dd)	Fazit .....	74
c)	Gesetzesbegründung von 1978 zur Novellierung des VersG .....	75
d)	Sinn und Zweck .....	76
aa)	Besondere zeitliche Schadensnähe als Ausdruck des Verhältnismäßigkeitsprinzips? .....	77

bb)	Hohe Schadenswahrscheinlichkeit als Ausdruck des Verhältnismäßigkeitsprinzips? .....	79
cc)	Fazit.....	79
e)	Zusammenfassung .....	81
<b>III. Vorgaben für die Bewertung des Prognosematerials am Maßstab der hohen Schadenswahrscheinlichkeit .....</b>		
1.	Die Doktrin „grundrechtskonformer“ Bewertung.....	82
a)	Allgemeine Vorgaben für die Gewichtung von Gefahrenindizien und die Berücksichtigung von Gegenindizien .....	82
b)	Fazit.....	83
2.	Problemgruppen.....	86
a)	Gewalttätige Ausschreitungen und kollektive Begehung von Straftaten mit Meinungsbezug.....	86
aa)	Erforderlichkeit eines hinreichend konkreten Bezugs der Tatsachen zu der geplanten Veranstaltung <i>als Regel</i> .....	87
bb)	Erfahrungen und Erkenntnisse, die nicht unreflektiert Berücksichtigung finden dürfen.....	91
b)	Unzuverlässigkeit des Versammlungsleiters.....	92
c)	Redeverbote .....	94
d)	Gefährdung der öffentlichen Ordnung aufgrund der Modalitäten einer (rechtsextremistischen) Versammlung.....	95
aa)	Das Mitführen von Flaggen, Fahnen und Fackeln .....	100
aaa)	Reichskriegsflagge .....	100
bbb)	Schwarze Fahnen.....	101
ccc)	Fackeln .....	102
bb)	Trommeln.....	102
cc)	Marschieren in Blöcken, Zügen und Reihen .....	103
dd)	Das Rufen von Parolen .....	104
e)	Tarnveranstaltung.....	106
aa)	Konkrete Indizien der Tarnabsicht .....	107
bb)	Angaben des Veranstalters bei der Anmeldung als Gegenindizien .....	109

cc)	Weitere Gegenindizien .....	110
dd)	Zusammenfassung .....	110
f)	Wahlkampf.....	111
g)	Beziehungen des Bundes zu auswärtigen Staaten.....	113
h)	Polizeilicher Notstand.....	114
aa)	Gegenwärtige, erhebliche Gefahr .....	115
bb)	Maßnahmen gegen den Störer versprechen keinen Erfolg.....	117
cc)	Verwaltung kann die Gefahr nicht oder nicht rechtzeitig durch eigene Mittel abwehren.....	117
aaa)	Ermittlung der Störerschaft .....	118
bbb)	Errechnung des Bedarfs an Polizeikräften .....	119
ccc)	Feststellung verfügbarer Polizeikräfte .....	119
dd)	Zusammenfassung .....	120
i)	Strafbare Meinungsäußerungen .....	121
aa)	Art. 5 I S. 1 GG als Maßstab für die Auslegung und Anwendung von Strafgesetzen mit Meinungsbezug.....	121
bb)	Die zutreffende Erfassung des Sinns der Äußerung als Voraussetzung ihrer rechtlichen Würdigung .....	122
cc)	Vorgaben für die Auslegung von Meinungskundgaben am Maßstab des Art. 5 I S. 1 GG .....	123
aaa)	Maßgeblichkeit des objektiven Sinns der Äußerung.....	123
bbb)	Maßgeblichkeit der Sicht eines unvoreingenommenen und verständigen Durchschnittspublikums.....	124
ccc)	Berücksichtigung des Kontextes und der sonstigen Begleitumstände der Äußerung .....	125
dd)	Fallbeispiel.....	126
ee)	Zusammenfassung .....	127
j)	Verherrlichung nationalsozialistischer Gewalttaten.....	127

aa)	Billigen, Verherrlichen oder Rechtfertigen der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft .....	128
bb)	Verletzung der Opferwürde .....	129
cc)	Störung des öffentlichen Friedens.....	130
dd)	Zusammenfassung .....	131
3.	Kritische Würdigung .....	132
a)	Schlüssigkeit unter Berücksichtigung des strengen Prognosemaßstabs .....	134
b)	Sachlichkeitsgebot als Abwägungsmaxime.....	137
c)	Grundrechte als Abwägungsdirektive .....	139
aa)	Versammlungsfreiheit .....	139
bb)	Meinungsfreiheit .....	142
d)	Zusammenfassung und Ausblick .....	143

D.	Zentrale Thesen dieser Arbeit.....	145
----	------------------------------------	-----